„Wir wollen natürlich nicht auf Deubel komm raus privatisieren“

Personalpolitik der neuen Mehrheitsgruppe prägt die Beratungen des Kreistages

Kreis Holzminden (rei). Personalkosteneinsparungen - zum Beispiel durch Privatisierung - sind ein wesentlicher Punkt der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU, FDP und UWG, der neuen Mehrheitsgruppe des Holzmindener Kreistages. Seit dem Machtwechsel im Herbst letzten Jahres geht die Angst vor Personalabbau im Kreishaus um. Dass sie nicht unbegründet ist, zeigte sich ganz deutlich in der Kreistagssitzung am Montag. Wie ein roter Faden zog sich die Personalpolitik durch die fünfstündigen Beratungen, die - auch angesichts zahlreicher Mitarbeiter im Zuhörerraum - teilweise sehr emotional geführt wurden.

Wohin die Reise gehen soll, verrieten mehrere Dringlichkeitsanträge der Mehrheitsgruppe, die erst am Sitzungstag vorgelegt wurden. Der Kreisausschuss, der unmittelbar vor dem Kreistag zusammenkam, sah sich außerstande, über diese Anträge so unvorbereitet zu beraten. Das musste CDU/FDP/UWG-Sprecher Eberhard Asche zu Beginn der Kreistagssitzung mitteilen - er zog die Anträge zurück, deren Wortlaut nun aber bereits allgemein bekannt war. Und so wurde darüber auch fleißig debattiert.

Beantragen wollte die Mehrheitsgruppe ursprünglich unter anderem die „mittelfristige Privatisierung beziehungsweise Neustrukturierung der Eigenbetriebe (KVHS, Rettungsdienst, Abfallwirtschaft)“ sowie die sofortige Verfügung eines Einstellungsstopps.

Silke Böker, Personalratsvorsitzende der Kreisverwaltung, nutzte die Einwohnerfragestunde für ein Statement. Besonders für die über 60 per Zeitanstellungsvertrag beschäftigten Mitarbeiter würden die Pläne der Mehrheitsgruppe eine große Ungewissheit bedeuten. Sie fragte: „Wie steht der Kreistag zu den Menschen dahinter?“ Ihr Chef, Landrat Walter Waske, gab den Mitarbeitern Rückendeckung: Viele der befristet Angestellten würden Vertretungen für wichtige Pflichtaufgaben übernehmen oder seien in Projekten (zum Beispiel bei der KVHS) tätig. Die Holzmindener Kreisverwaltung sei im Vergleich zu anderen eine der effizientesten - und dabei auch noch unterbesetzt.

Auch Peter Ruhwedel von Bündnis 90/Die Grünen zeigte viel Verständnis für die Ängste des Personals: „Wir sehen Tendenzen zum Kahlschlag bei KVHS und Abfallwirtschaft“. Dem schloss sich SPD-Sprecher Uwe König an, der auf die Minderausstattung von sechs Stellen verwies, die dem Landkreis bereits vor sechs Jahren bescheinigt wurde.

Als Sprecher der Mehrheitsgruppe betonte Eberhard Asche (CDU), dass derzeit doch lediglich die Überprüfung der Eigenbetriebe mittels externen Sachverstands angedacht sei. Außerdem wolle man Veränderungen des Personalkleides auf jeden Fall nur in Gemeinsamkeit mit der Personalvertretung. Mit Hohn reagierten die Zuhörer auf die Erklärung Hermann Grupes (FDP), dass der Kreis zur Erhaltung einer leistungsfähigen Verwaltung auch in Zeiten des demografischen Wandels besonders motivierte Mitarbeiter brauche.

Beim Tagesordnungspunkt „Haushaltssicherungskonzept“ tauchten die zurückgezogenen Anträge der CDU dann wieder auf, schließlich sollten sie ursprünglich jetzt auf den Tisch kommen. Die Mehrheitsgruppe sei überzeugt, dass die bisherigen Konsoli-Maßnahmen nicht ausreichen, um hoffnungsvoll in die Zukunft blicken zu können, betonte Eberhard Asche. Man erwarte bis Ende des zweiten Quartals 2007 eine Rückmeldung, inwieweit die bisherigen Sparmaßnahmen greifen. Peter Ruhwedel zweifelte an, dass es wirklich nur um eine Überprüfung gehe. Letztlich würde die Mehrheitsgruppe einfach pauschal Mittel kürzen, und die Mitarbeiter müssten dann zusehen, wie sie damit zurecht kommen.

Schließlich meldete sich noch Uwe Schünemann (CDU) zu Wort, um den Vergleich zu der von ihm auf Landesebene vollzogenen Verwaltungsreform zu ziehen. Es sei doch legitim, zu Beginn einer Wahlperiode die vorhandenen Strukturen zu prüfen und einmal „von draußen draufgucken“ zu lassen. „Natürlich wollen wir nicht auf Deubel komm raus privatisieren“, versuchte er die Beschäftigten zu beruhigen.

Das Haushaltssicherungskonzept 2007 - 2010 enthielt unterm Strich dann keine großen Überraschungen mehr. Es ist in weiten Teilen eine Fortführung des alten Konsolidierungsprogramms. Verabschiedet wurden die künftigen Sparmaßnahmen mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe, der Grünen und des Landrates (SPD).

Angedacht war offenbar auch eine Kürzung des Weihnachtsgeldes als so genanntes „Notfall-Opfer“ - das erwähnte zumindest die Opposition, und es wurde von der Mehrheit nicht dementiert.

Der Kommentar im TAH

Geisterstunde

VON GUDRUN REINKING

Was außenstehende Beobachter über weite Strecken als Karnevalssitzung voller (unfreiwilliger) Komik empfunden haben, war für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung wohl eher eine fünfstündige Gruselgeschichte. Wobei die größten Ängste von den Gespenstern „Privatisierung“, „Einstellungsstopp“ und „Notopfer“ ausgelöst wurden. Sie schwebten während der gesamten Sitzung über den Köpfen der Abgeordneten und der Zuhörer. Mal schnitten sie furchterregende Grimassen in Richtung Verwaltungspersonal (angestachelt von SPD oder Grünen), mal taten sie harmlos wie Wattewölkchen (wenn sie sich in Sprechblasen der Mehrheitsgruppe verwandelten).

CDU, FDP und UWG hatten die Geister mittels Anträgen gerufen. Doch die Mehrheitsgruppe zog sie in letzter Sekunde zurück. Sie musste eingestehen, dass solch weitreichende Entscheidungen nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gefällt werden können und dürfen! Und sie sollte nach dieser Panne schnell lernen, dass von ihr eine gründliche, solide Vorbereitung erwartet wird. Die Zeiten, in der man als Opposition jederzeit „Schnellschüsse“ abfeuern konnte, sind vorbei!

Fraktionssprecher Eberhard Asche konnte die frei gelassenen Flaschengeister während der Sitzung jedenfalls nicht wieder einfangen... Wie Goethes „Zauberlehrling“ stand er am Ende da („Die Geister, die ich rief...“).